

Beschluss des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE 23. Mai 2011:

Von der Euro-Krise zur europäischen Erneuerung

Positionspapier zur Bewältigung der Euro-Krise

Diese Euro-Rettung ist eine Bankenrettung. Die Ursachen der Euro-Krise sind vor allem das deutsche Lohndumping bzw. die Ungleichgewichte im europäischen Handel. Die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Union sowie der Bundesregierung hat die Schuldenkrise weiter verschärft: Die Sparpakete haben die wirtschaftliche Entwicklung in den Krisenstaaten abgewürgt und die Verschuldung weiter erhöht. Die Zinsen für Staatskredite stiegen weiter an. Damit verdienen die Banken und Finanzinvestoren auch noch an der Staatsverschuldung, die sie durch die Finanzkrise maßgeblich verursacht haben. Die Bevölkerungsmehrheit in Europa haftet nun für Sparpakete bzw. Euro-Rettung.

Die Sünden der deutschen Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaftspolitik ist eine schwere Hypothek für den Euro und die Mehrheit der Bevölkerung - in Europa wie in Deutschland:

Erstens gefährdet das deutsche Lohn- und Sozialdumping den gemeinsamen Währungsraum. Deutschland hat allein in den letzten zehn Jahren durch Billiglöhne einen Außenhandelsüberschuss von 1,5 Billionen Euro angehäuft. Verkauft ein Land dauerhaft mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland als es von dort einkauft, müssen sich die privaten Haushalte und Unternehmen unserer Handelspartner zunehmend verschulden. Dies erklärt warum selbst Staaten wie Spanien trotz ursprünglich niedriger Staatsverschuldung nun Stress auf den Finanzmärkten haben.

Außerdem hat sich die Bundesregierung maßgeblich dafür eingesetzt, dass in Verbindung mit den „Hilfskrediten“ Sparpakete, Sozialabbau, Lohnverzicht und Rentenkürzungen erzwungen werden. Die deutsche Agenda 2010 wird nach Europa exportiert. Außerdem wird die Krise genutzt, um Länder wie Griechenland, Irland oder Portugal zum Ausverkauf ihres Eigentums zu zwingen. Diese Politik ist zutiefst unsozial. Aus diesem Grund lehnt die LINKE diese sogenannten Hilfskredite im Rahmen des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM, „Euro-Rettungsschirm“) ab.

Wenn Europa diesen Irrweg weiter geht, werden Rechtspopulisten weiter Auftrieb erfahren. Eine Politik gegen die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer ist europafeindlich. DIE LINKE hat sich dieser Politik daher zu Recht widersetzt. DIE LINKE wird keinen neuen „Rettungspaketen“ zustimmen, solange die Bevölkerungsmehrheit haftet, aber das Finanzcasino offen bleibt.

Aktionsprogramm gegen die Krise

Die Parlamente sind entmachtet, die Finanzmärkte schafften die Demokratie ab. Es ist höchste Zeit umzukehren. DIE LINKE fordert ein Aktionsprogramm gegen die Euro-Krise. Im Mittelpunkt müssen dabei kurzfristige Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft in Europa, zur Senkung der Zinslast der Krisenstaaten, zur Beteiligung der Profiteure der Krise sowie zum Abbau der Handelsungleichgewichte stehen.

Finanzmärkte entmachten, das Casino schließen

Die Staatsfinanzen müssen von den Finanzmärkten befreit werden, Staatskredite sollten über eine öffentliche Bank abgewickelt werden: DIE LINKE fordert daher die Gründung einer Europäischen Bank für öffentliche Anleihen, sowie die Auflage gemeinsamer Euro-Bonds, um die Erpressung der Staaten durch die Finanzmärkte zu beenden. Dies ist die Voraussetzung damit die Finanzmärkte faire und transparente Entschuldungsverfahren nicht durch Wucherzinsen (höhere Risikoprämien) für Staatsanleihen sabotieren.

Eine Entschuldung überschuldeter Euro-Staaten, bei dem die Gläubiger gemäß politischer Verantwortung und ökonomischer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Das darf aber nicht zu brutalen Einschnitten in die sozialen Netze führen. Zur Finanzierung der Auswirkungen eines Schuldenschnitts auf die öffentlichen Haushalte müssen in erster Linie die großen Vermögen herangezogen werden.

Die Überführung privater Großbanken in öffentliches Eigentum und eine strikte Regulierung ihrer Geschäfte: Rückführung des Bankgeschäfts auf das Kerngeschäft (Einlagen- und Kredite) als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, Verbot des Eigenhandels der Banken mit Währungen, Aktien und Rohstoffen. Banken dürfen nie wieder „too big to fail“ werden.

Die EZB muss neben ihrem geldpolitischen Beitrag zur Preisstabilität auf wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung sowie die gezielte Bekämpfung von Spekulationsblasen, etwa über selektive Mindestreservesätze, ausgerichtet werden.

Die Gründung einer europaweiten öffentlichen Ratingagentur. Die privaten Ratingagenturen verfolgen eigene wirtschaftliche Interessen, haben in der Finanzkrise schwer versagt und dürfen nicht über die Verfassung der öffentlichen Haushalte bzw. die Lebensbedingungen der Bevölkerung entscheiden.

Schluss mit Sozialabbau und Exportüberschüssen

Statt Sparpaketen und einer Verschärfung des gescheiterten Stabilitäts- und Wachstumspakts benötigen wir ein europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von zwei Prozent des BIP zum sozialökologischen Umbau.

Statt deutschem Lohndumping brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, die Ausweitung der öffentlichen Investitionen um 125 Mrd. Euro jährlich sowie

die Anhebung der Hartz IV Regelsätze auf 500 Euro.

Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU wollen wir durch eine europäische Ausgleichsunion mit verbindlichen Obergrenzen für Handelsüberschüsse und –defizite reduzieren.

Wenn diese Anforderungen an eine Regulierung des Bankensektors sowie an eine Neugründung der EU als wirtschaftliche und soziale Ausgleichsunion erfüllt sind, können auch die Staaten zu einer Politik des Abbaus und der Vermeidung von Defiziten verpflichtet werden.

Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse

Schluss mit der Sozialisierung von Verlusten und der Privatisierung von Gewinnen. Die Großbanken, die in Deutschland wieder Rekordgewinne scheffeln, sollen über eine echte Bankenabgabe für die Kosten der Krise zahlen. Steuereinnahmen von 9 Milliarden Euro jährlich sind möglich.

Die Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05% auf alle Wertpapierumsätze, Derivate- und Devisenumsätze (im nationalen Alleingang von 0,01 Prozent).

Eine Mindestbesteuerung von Unternehmen und Vermögen auf breiter und harmonisierter Bemessungsgrundlage. Das Steueraufkommen aus Gewinnen und Vermögen muss europaweit steigen! In Deutschland fordern wir hierzu u.a. die Einführung einer Millionärssteuer von 5 Prozent auf Vermögen über 1 Million Euro.